

## **ÄNDERUNGSANTRAG**

**der Fraktion der CDU**

**zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)**  
**- Drucksache 8/809 -**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**- Drucksache 8/600 -**

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushalts-  
gesetz 2022/2023)**

**und der Unterrichtung durch die Landesregierung**  
**- Drucksache 8/598 -**

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**

**hier: Einzelplan 09**  
**Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und**  
**Verbraucherschutz**

Der Landtag möge beschließen:

1. In Kapitel 0911                      Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft  
Titel 526.06                              Freiwillige gerichtsfeste Befunddokumentation für Opfer  
von Gewalt

wird der Ansatz für die Jahre 2022 und 2023 jeweils

von                      190,4 TEUR  
um                        30,0 TEUR  
auf                        220,2 TEUR

erhöht.

2. Die Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2022 und 2023 wird jeweils von 190,0 TEUR um 30,0 TEUR auf 220,0 TEUR erhöht.
3. Von den Verpflichtungsermächtigungen sind in den Jahren 2023 und 2024 jeweils 220,0 TEUR fällig.
4. Zur Deckung der Mehrausgaben wird der Haushaltsansatz in

Einzelplan 09	Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz
Kapitel 0901	Ministerium
MG 59	Informationstechnik -ressortintern-
Titel 511.04	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (ohne Fernmeldegebühren)

für die Jahre 2022 und 2023 jeweils

von	1 797,3 TEUR
um	30,0 TEUR
auf	1 767,3 TEUR

gesenkt.

**Franz-Robert Liskow und Fraktion**

### **Begründung:**

Die rechtsmedizinische Verletzungsdokumentation erfasst, anders als eine klinische Dokumentation, Verletzungen unter forensischen Gesichtspunkten mit einem höheren Aufwand für Untersuchung und Dokumentation, unbefristete Aufbewahrung und Asservierung von Spuren. Die jährlich steigenden Fallzahlen mit einem steigenden Anteil weiblicher Betroffener und dem Verdacht auf häusliche Gewalt als häufigstem Untersuchungsanlass erfordern eine Erhöhung des Kostenansatzes.